

JEDE STIMME ZÄHLT

FÜR EIN GEEINTES EUROPA

Entscheidungshilfe zur Europawahl 2019

KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Deutschlands

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Katholische Landjugendbewegung
Deutschlands e.V. (KLJB). www.kljb.org
Redaktion:
Eva-Maria Kuntz (e.kuntz@kljb.org),
Stephan Barthelme (s.barthelme@kljb.org)
Verantwortlich für den Inhalt:
Stephan Barthelme, Eva-Maria Kuntz
Ein besonderer Dank gilt dem Bundesarbeitskreis
Internationale Entwicklung, der die Themenseiten zu Europa beigesteuert hat.
Korrektorat:
Marion Pinnen (m.pinnen@kljb.org)
Fotos:
Jörg Farys - Die.Projektoren (9); www.pixabay.com (14)
soweit nicht anders gekennzeichnet: KLJB-Bundesstelle
Verlag:
Landjugendverlag GmbH
Drachenfelsstraße 23
53604 Bad Honnef-Rhöndorf
Tel.: 02224/9465-0
Layout: CON Werbeagentur

Gedruckt mit umweltfreundlichen, ölfreien Druckfarben
auf 100% Recyclingpapier

Erscheinungsdatum: April 2019

Gefördert vom:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

INHALT

Seite 4-5
VORWORT UND GRUSSWORT

Seite 6
WERTE, WILLEN, WUNSCH?!

Seite 8
AKTIVES BÜRGER*INNENTUM

Seite 10
WAS BEDEUTET EUROPA FÜR DICH?

Seite 14
SO FUNKTIONIERT DIE EUROPAWAHL

Seite 16
DIE EUROPÄISCHE UNION

Seite 18
EUROPÄISCHES PARLAMENT

Seite 20
EUROPÄISCHE REGIERUNG

Seite 22
LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Seite 24
LANDWIRTSCHAFT

Seite 26
PARTIZIPATION

Seite 28
JUGENDVERBANDSARBEIT

Seite 30
WAHLALTER

Seite 32
ARBEITSMARKT

Seite 34
ENERGIE

Seite 36
KLIMASCHUTZ

Seite 38
UMWELT

Seite 40
MOBILITÄT

Seite 42
KRITISCHER KONSUM

Seite 44
FREIZÜGIGKEIT

Seite 46
MIGRATION

Seite 48
FLUCHT

Seite 50
EXTREMISMUS

Seite 52
EINHEIT IN VIELFALT

Seite 54
EUROPÄISCHES BEWUSSTSEIN

Seite 56
METHODEN

Seite 58
72-STUNDEN-AKTION

Eine Gesamtübersicht über alle 47 Fragen und Antworten von diesen und weiteren Parteien kannst du auf **www.kljb.org/europawahl2019** nachlesen!

VORWORT

Liebe KLJBler*innen,

„In Zukunft nur gemeinsam!“ – Mit diesem Satz haben wir spätestens seit dem Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2017 klar gemacht, wie wir uns die Zukunft Europas vorstellen. Wir als KLJB stehen ein für unsere europäische Heimat und für ein offenes, demokratisches, gerechtes und erlebbares Europa! Das können wir jedoch nur gemeinsam erreichen und dafür brauchen wir DICH! Wenn am 26. Mai 2019 die Wahl zum Europäischen Parlament stattfindet, haben wir die Chance, Europa mitzugestalten. Ihr könnt mitentscheiden, welche Abgeordneten in den kommenden fünf Jahren die Geschicke in Europa lenken! Es ist wichtig, dass auch wir als KLJBler*innen unsere Stimme dafür abgeben.

Ihr glaubt, ihr habt keine Ahnung von Politik? Schon allein, wenn ihr euch beim Einkauf im Supermarkt über die Herkunft der Lebensmittel Gedanken macht, wenn ihr am Wochenende mit euren Freund*innen mal eben ohne Grenzkontrollen und Geldwechseln in ein Nachbarland reist oder wenn ihr an einem Schulaustausch teilnehmt oder ein Auslandssemester in anderen europäischen Staaten macht, seid ihr politisch aktiv! Vieles davon sind sind Dinge, die es ohne die Europäische Union und das Europäische Parlament so nicht gäbe. Um herauszufinden, welche Partei am besten eure Meinung und eure Einstellung repräsentiert, haben wir den relevanten Parteien Fragen gestellt, die für uns als KLJBler*innen wichtig sind.

In diesem Heft findet ihr 20 ausgesuchte Wahlprüfsteine mit Antworten von CDU/CSU, SPD, GRÜNE, FDP, DIE.LINKE, FREIE WÄHLER, ÖDP und AfD zu verschiedenen Themen, die auch die KLJB als Verband bewegen. Damit könnt ihr euch ganz einfach eure eigene Meinung bilden, welche Partei eure Stimme bekommt. Außerdem haben wir euch ein paar Hintergrundinformationen zur EU und Europa zusammengestellt und einen Überblick darüber, wie die Europawahlen funktionieren. Im hinteren Teil der Entscheidungshilfe gibt es für euch noch einige Methodenvorschläge, wie ihr das Thema in eurer Ortsgruppe vertiefen könnt. Die komplette Übersicht über alle 47 Wahlprüfsteine sowie die jeweiligen Antworten aller Parteien findet ihr unter www.kljb.org/europawahl2019.

Wir wünschen euch viel Spaß mit der Broschüre!

Und nie vergessen: Wir bewegen Europa!

Für den KLJB-Bundesvorstand

Stephan Barthelme

Stephan Barthelme, Bundesvorsitzender



GRUSSWORT

Liebe KLJBlerinnen und KLJBler,

Europa ist einzigartig! Nie zuvor gab es eine längere und konstantere Phase des friedlichen Zusammenlebens auf unserem Kontinent. Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der EU. Ihr als Vertreter*innen der jungen Generation wachst heute ganz selbstverständlich mit vielen Vorzügen Europas auf – Frieden, Freizügigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Stabilität und offene Grenzen. Ihr könnt ohne Probleme in alle EU-Länder reisen, an anderen europäischen Universitäten studieren oder im europäischen Ausland arbeiten. Das war nicht immer so. Noch in meiner Jugend war Europa mit dem Eisernen Vorhang in Ost und West geteilt. Und leider formieren sich aktuell europaweit wieder Kräfte der rechten und linken Populisten und Nationalisten. Teile von ihnen wollen das Europäische Parlament, in dem sie sitzen würden, abschaffen. Andere gehen soweit, dass sie das Projekt der Europäischen Union komplett begraben möchten.

Ich möchte die Menschen wachrütteln: Bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 steht viel auf dem Spiel. Wir müssen den Europa-Gegner*innen gemeinsam entschlossen entgegentreten und für ein demokratisches und partnerschaftliches Europa eintreten!



FOTO: NIKKY MAIER PHOTO

Ich bin seit meiner Jugend überzeugter Europäer. Und ich habe während meiner Zeit in der Jugendarbeit der KLJB gelernt, dass man miteinander Großes bewegen kann. Ich will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein neues Kapitel für Europa aufschlagen: ein Europa, das wir optimistisch, mutig und ambitioniert gestalten. Europa muss raus aus den Hinterzimmern und raus auf die Straße, an die Stammtische, auf die Marktplätze, ins Netz und in die Parlamente. Mir ist wichtig, dass wir Europa von den Menschen her denken, nicht aus den Amtsstuben in Brüssel.

Europa braucht uns. Und wir brauchen Europa. Die Europawahl ist keine Nebenwahl, sondern entscheidet ein Stück über das Schicksal unseres Kontinents.

Die Zukunft Europas liegt in euren Händen.

Manfred Weber
Spitzenkandidat der EVP und von CDU und CSU zur Europawahl
EVP-Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament

WERTE, WILLEN, WUNSCHVORSTELLUNG?!






Hilfsbereitschaft
Absicherung
Freundschaft
Wohlstand
Zusammenhalt
Vertrauen
Partnerschaft
Gerechtigkeit
Demokratie

WAS IST DIR IM LEBEN WICHTIG?

Offenheit
Geborgenheit
Gemeinschaft
Frieden
Einheit
Toleranz

Spaß
Solidarität
Menschenrechte
Vielfalt
Meinungsfreiheit

Freude
Sicherheit
Freiheit
Harmonie
Ehrlichkeit






Die Europäische Union (EU) ist eine **Wertegemeinschaft**, das heißt, Staaten mit ähnlichen Ansichten und der gleichen Vision haben sich zusammengeschlossen. Das gab es in dieser Form noch niemals vorher auf der Welt. Denn Staaten, die noch ein paar Jahre zuvor Krieg geführt hatten, sitzen plötzlich gemeinsam am Tisch und werden zu Freund*innen und Partner*innen.

Zunächst wurde die Europäische Gemeinschaft nur als **Wirtschaftsgemeinschaft** gegründet. Sie fördert den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten und sorgt für wirtschaftliche Stabilität. Doch schon längst ist daraus mehr geworden: Mittlerweile gilt die EU als der Garant für **Frieden** in Europa. Und das schon seit über 70 Jahren. Die **partnerschaftliche** und **solidarische Zusammenarbeit** zwischen den Ländern ist eines der europäischen Kernziele.

Die EU hat Europa näher zusammengebracht. Heute können wir nicht nur durch ganz Europa reisen und andere Kulturen kennenlernen, sondern uns auch aussuchen, in welchem Land der EU wir wohnen und arbeiten wollen – fast ohne Hürden. Das ist ein riesiges Stück **Freiheit**. Wir sollten uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass dies nicht selbstverständlich ist.
Die EU hat den hohen Anspruch, dass alle Menschen in Europa gut leben können. Ihre **Menschenrechte** werden gewahrt, sie können beispielsweise ihre Meinung frei äußern und ihre Religion ausleben.



(Politisch) aktiv sein – so geht's!

Denkt man an politische Beteiligung, klingt das alles furchtbar hochtrabend. Eine Parteimitgliedschaft, sich zu einer Wahl aufstellen lassen oder an großen Demonstrationen teilnehmen … Das alles sind Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren. Aber es geht auch viel einfacher. In drei einfachen Schritten zeigen wir dir, was politisch engagierte Bürger*innen ausmacht.

1. Informieren

Herzlichen Glückwunsch, der erste Schritt ist schon gemacht, indem du diese Broschüre geöffnet hast! Wer sich im politischen und gesellschaftlichen Wirrwarr zurechtfinden will, muss sich zunächst ein Bild machen, was in der Welt passiert – am besten aus verschiedenen Perspektiven. Da gibt es ganz verschiedene Möglichkeiten. Sicher hast du das eine oder andere selbst schon gemacht:



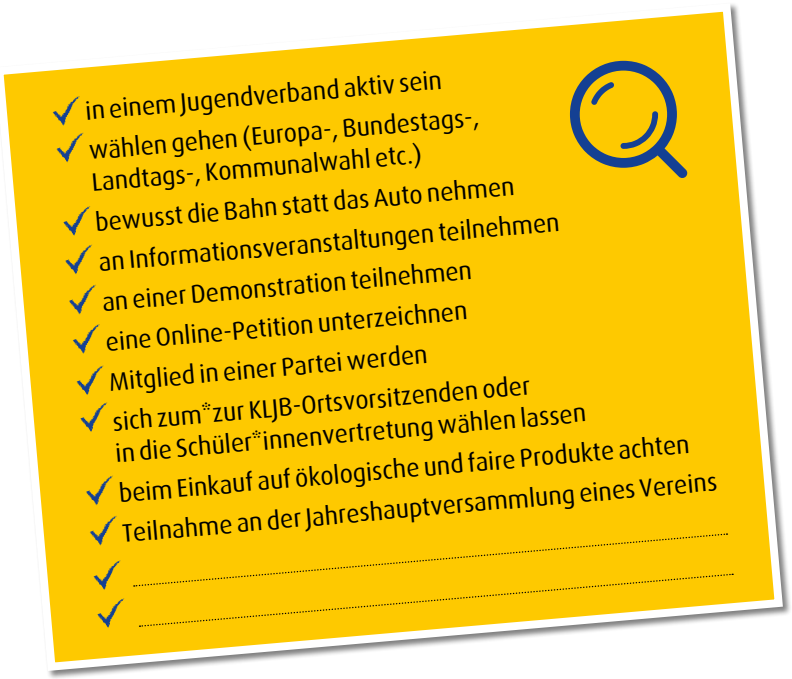
- ✓ diese oder andere Infobroschüren studieren oder dich durch den Wahl-O-Mat klicken
- ✓ im im Politik- oder Sozialkundeunterricht die Lehrer*innen mit Fragen löchern
- ✓ Zeitung lesen und die Nachrichten verfolgen
- ✓ sich im Supermarkt informieren, welche Produkte im Einkaufswagen landen (und wie diese produziert sind)
- ✓ bei der Bundeszentrale oder deiner Landeszentrale für politische Bildung kostenlos Bücher und Zeitschriften anfordern
- ✓ mit deiner Ortsgruppe einen Termin im Büro eures*eurer Bundestagsabgeordneten machen und ihn*sie Rede und Antwort stehen lassen
- ✓ Wikipedia durchforsten
- ✓ schauen, welchen Stromtarif ihr zuhause habt
- ✓ .....
- ✓ .....

2. Verstehen

Aller Anfang ist schwer, immer! Aber auch wenn Politik für dich bisher ein rotes Tuch war, wirst du bald merken, dass das alles gar nicht so kompliziert ist wie gedacht. Lass dir Zeit, sauge alle Informationen auf, die du kriegen kannst, und lass dir Zusammenhänge erklären. Oft hilft es auch, sich mit Freund*innen oder in der Familie auszutauschen und zu diskutieren. Schon bald wirst du merken, dass es ziemlich einfach und spannend ist, aktive*r Bürger*in zu sein.

3. Handeln

Eine Erkenntnis gibt es von uns schon frei Haus: Es gibt unzählige Möglichkeiten, politisch aktiv zu sein. Bestimmt bist du schon längst politisch aktiv und weißt es noch gar nicht. Wir haben dir ein paar Möglichkeiten aufgelistet, selbst das gesellschaftliche und politische Leben zu gestalten. Vielleicht ist für dich die eine oder andere neue Idee dabei. Viel Spaß beim politisch Aktivsein!



Wusstest du schon ...?

... dass es viele Möglichkeiten gibt, sich als Bürger*in in der Europäischen Union einzubringen? Du kannst nicht nur zur Wahl gehen oder dich aufstellen lassen: Alle EU-Bürger*innen können auch Petitionen an das Europäische Parlament starten oder schriftliche Fragen an die Einrichtungen der EU schicken, die die EU beantworten muss.

Hier gibt´s mehr Infos:
bit.ly/2TJEOmw
bit.ly/2qOVWWj

WAS BEDEUTET EUROPA FÜR DICH?



Europa bedeutet für mich eine einheitliche Währung. Der Euro trug dazu bei, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten entstanden ist. Die Zusammenarbeit der Staaten schweißte die Länder zu einer Einheit zusammen. Gemeinsam lösten sie viele Probleme und setzten sich für eine stabile Währung und eine starke Wirtschaft ein. Die einheitliche Währung brachte somit einen großen Vorteil für uns alle, denn ohne die ganzen Wechselkurse, ist es viel einfacher geworden, etwas in einem anderen Land zu kaufen oder dort Urlaub zu machen.

LEA KUGLER
Mitglied der KLJB
Rottenburg-Stuttgart



Mit Europa verbinde ich in erster Linie die Europäische Union. Sie ermöglicht es mir, meine in ganz Europa verteilt lebende Familie schnell, unkompliziert und kurzfristig besuchen zu können.

BRIGITTE BÖHM
Mitglied der KLJB Paderborn



Es soll keinen dritten Weltkrieg mehr geben. Als sich in den Wirren des kalten Krieges dann ein paar sehr schlaue Menschen zusammensetzten, war die Idee der Europäischen Union geboren. Seitdem ist die europäische Idee stetig gewachsen und groß geworden. Aus meiner Sicht ist die Europäische Union heute unsere einzige mögliche Garantie für Sicherheit und Frieden in Europa.

JOHANNA RITTER
Mitglied im Arbeitskreis European Citizenship der KLJB Freiburg



Viel dreht sich bei der EU um Normen, Gesetze, Wirtschaftsrichtlinien und die Währungsunion. Denkt man beispielsweise an die Vorschriften zur Krümmung von Gurken, stellt sich mir oft die Frage, ob dies der richtige Weg zu einem gemeinsamen Europa ist. Daher hoffe ich auf ein Europa, welches durch die Interkulturalität, das soziale Miteinander und die solidarische Gesellschaft geeinter ist und nicht durch Wirtschaft, Banken und Firmen.

JULIAN BITSCH
Mitglied der KLJB Mainz



Europa sorgt dafür, dass wir junge Menschen unseren ländlichen Raum zukunftsfähig gestalten können! Durch die Förderprogramme der EU werden Dorfgemeinschaftshäuser, Schwimmbäder, Turnhallen oder auch der Dorfladen geschaffen. So bleibt auch unser ländlicher Raum attraktiv für junge Menschen und Familien.

STEFAN WILKENS
Diözesanvorsitzender der
KLJB Osnabrück



Die Möglichkeit, innerhalb der EU weitgehend frei reisen und sogar studieren zu können, ist für mein Leben eine riesengroße Bereicherung. Insbesondere im Rahmen meines Erasmus-Auslandssemesters in Finnland wurde mir das sehr deutlich. Von dieser Zeit und den Freundschaften, die ich in diesen Monaten mit Studierenden aus aller Welt schließen konnte, profitiere ich noch heute enorm.

JANNIS FUGHE
Diözesanvorsitzender der KLJB Vechta



Mit Europa verbinde ich insbesondere, überall in Europa arbeiten zu dürfen, was ich selbst erfahren durfte. Als ich in ein außereuropäisches Land einreisen wollte, um dort ein dreimonatiges Praktikum anzutreten, wurde mir am Flughafen die Einreise wegen angeblicher formaler Fehler im Visumantrag verweigert. Nach mehreren Tagen im Gefängnis habe ich endlich wieder europäischen Boden betreten. Durch Zufall erfuhr ich von einem Praktikum im Büro der MIJARC Europa. Wenige Tage später war ich in Brüssel und erlebte eine wunderschöne Zeit im Herzen Europas!

DANIEL DEMMELMEIER
Mitglied der KLJB München
und Freising



Im meinem Nachbarort im Unterallgäu wurde in den letzten Jahren die ehemalige Synagoge wieder in Stand gesetzt. Diese wurde mit Hilfe eines lokalen Förderkreises und Mitteln der der Europäischen Union zur Entwicklung des ländlichen Raumes renoviert und ist nun Veranstaltungsort für Lesungen, Konzerte und rückt die jüdische Geschichte des Ortes wieder in den Blick. Hier wirkt die EU direkt vor unserer Nase und fördert ziemlich geniale Kultur in einer 1.100-Seelen-Gemeinde.

JUDITH BÖCKLE
Mitglied im Bundesarbeitskreis
Internationale Entwicklung

WAS BEDEUTET EUROPA FÜR DICH?



Für mich bedeutet Europa, vor allem auch problemlos Grenzen zu passieren. Als EU-Bürgerin besitze ich einen Pass, mit dem einige Landesgrenzen fast unsichtbar werden und Freunde im Ausland zu besuchen somit ohne Schwierigkeiten möglich ist. Ich wünsche mir ein Europa, in dem wir diese Freiheit vor fadenscheinige Argumente der Sicherheit stellen und uns für ein gemeinsames Europa, über Landesgrenzen hinweg stark machen.

DANIELA ORDOWSKI
MIJARC-Europavorsitzende



Im europäischen Binnenmarkt profitieren wir als Konsument*innen von günstigen Preisen und Warenvielfalt. Bei Unternehmen sieht das manchmal anders aus: Mein Onkel musste leider aufgrund der Konkurrenz aus dem europäischen Ausland seinen Betrieb schließen und sich umorientieren. Das war eine harte Zeit für ihn. Ökonomische Härten sind daher auch Teil der Wahrheit, vor allem für handwerkliche Betriebe in Deutschland. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass die Vorteile eines europäischen Binnenmarktes überwiegen, auch weil viele europäische Länder auf dem Weltmarkt alleine nicht so sehr konkurrenzfähig wären.

NILS HAVERESCH
Mitglied im Bundesarbeitskreis
Internationale Entwicklung



Wenn ich an Europa denke, ist das erste Bild, was mir in den Sinn kommt, eine Gemeinschaft, in der die Menschenwürde am allerwichtigsten ist und das Gefühl der Zugehörigkeit zu ihren Mitgliedern vermittelt. Europa schafft Werte, die Verbindungen zwischen den Menschen herstellt und die Gleichstellung in jeder Hinsicht fördert.

LILIA MNATSAKANYAN
FYCA Armenien



Europa exportiert seine Produkte weltweit und auch die europäischen Bürger*innen leben auf der ganzen Welt. Aber wenn es darum geht, Menschen aufzunehmen, die von Armut, Krieg und Klimawandel bedroht sind, macht Europa seine Grenzen dicht? Die Europäische Union, in der ich leben möchte, handelt mit Menschlichkeit und Solidarität, um eine gerechte Verteilung des Reichtums zu erreichen und alle willkommen zu heißen, die in Europa leben möchten.

CLAIRE PERROT-MINOT
MRJC Frankreich



Europa ist ein Land voller Unterschiede und Vielfalt. Unabhängig von Religion, Geschlecht, Alter und Nationalität, äußern die Menschen immer ihre Meinung. Ob Vielfalt eine gute Sache ist oder nicht – die Möglichkeit, diese Unterschiede zu teilen und auszutauschen, sollte in Europa immer gegeben sein.

TSVETILEN SASHEV PETKOV
YMDRAB Bulgarien





Europa bedeutet Zusammenhalt. Wächst das gegenseitige Vertrauen, steigt auch die Wahrscheinlichkeit einer Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten. Diese können dadurch ihre Interessen gemeinsam besser in der Welt vertreten und spielen damit im internationalen System eine wichtige Rolle, die allerdings auch mit Verantwortung verbunden ist.

ANTONIA KAINZ
Mitglied der KLJB München
und Freising

Ich bin gern unterwegs. Dass ich mich in Europa meistens ohne Grenzkontrollen bewegen kann, ist ziemlich normal für mich. Durch das EU-Roaming kommt diese Grenzenlosigkeit nun auch auf mein Telefon. Ohne hohe Extrakosten schnell etwas im Internet nachschlagen oder fix jemanden anrufen: Das macht das Leben deutlich leichter. Zwar ist das nur ein kleiner Vorzug, den die Europäische Union mit sich bringt. Aber jedes Mal, wenn ich außerhalb der EU unterwegs bin und diese Vorzüge nicht genieße, merke ich, wie verdammt praktisch sie sind.

BENJAMIN KUTZ
Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Internationale Entwicklung

SO FUNKTIONIERT DIE EUROPAWAHL



Alle fünf Jahre wählen wir das Europäische Parlament. Das EU-Parlament setzt sich derzeit aus 751 Abgeordneten zusammen, 96 davon stammen aus Deutschland. Da die Abgeordneten in ihren Heimatländern bereits einer Partei angehören, schließen sie sich im Europäischen Parlament zu Fraktionen mit ähnlich politischer Orientierung zusammen. Momentan gibt es acht Fraktionen, in denen insgesamt 177 nationale Parteien vertreten sind. Außerdem gibt es noch 24 Abgeordnete, die sich keiner Fraktion angeschlossen haben; sie werden als „fraktionslos" bezeichnet.
Das Europäische Parlament ist das einzige direkt demokratisch gewählte Organ in der Europäischen Union. Daher ist es ungemein wichtig, wählen zu gehen. Indem wir „unsere" Abgeordnete ins EU-Parlament wählen, stellen wir sicher, dass dort unsere Interessen vertreten sind.

Wie wird gewählt?

Die Europawahl findet in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zwar im gleichen Zeitraum (vom 23. bis 26. Mai 2019) statt, aber wegen der unterschiedlichen traditionellen Wahltermine an verschiedenen Wochentagen. Bei uns ist der Sonntag der Wahltag und deswegen heißt es am **26. Mai 2019**: Auf ins Wahllokal! Die Europawahl ist frei, geheim, unmittelbar und direkt. In jedem EU-Land werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments nach dem Verhältniswahlsystem auf der Grundlage von Listen oder von übertragbaren Einzelstimmen gewählt. Die einzelnen Mitgliedsstaaten dürfen die Wahl nach ihren nationalen Wahlsystemen durchführen. Das heißt für Deutschland, dass jede Partei, die Abgeordnete ins Europäische Parlament schicken möchte, eine Liste mit Personen erstellt hat. Du hast **eine Stimme**, mit der du für eine Partei und deren Kandidat*innen stimmen kannst. Die Partei bekommt dann Sitze entsprechend ihrem Anteil der abgegebenen Stimmen zugeteilt.

Wer wird gewählt?

Wir in Deutschland wählen in der kommenden Wahl wieder 96 Abgeordnete, die ins Europäische Parlament einziehen. Insgesamt wird es nach der Wahl, wenn der Brexit stattgefunden hat, aber nur 705 Europaabgeordnete geben. Welche Abgeordneten aus Deutschland ins Europaparlament kommen, entscheidest also du! Derzeit sind folgende deutsche Parteien durch Mitglieder im EU-Parlament vertreten: CDU (29 Sitze), SPD (27 Sitze), Bündnis 90/Die Grünen (11 Sitze), Die Linke (7 Sitze), CSU (5 Sitze), FDP (3 Sitze), AfD (1 Sitz), Freie Wähler (1 Sitz), Piratenpartei (1 Sitz), NPD (1 Sitz), ÖDP (1 Sitz), Die PARTEI (1 Sitz), Liberal-Konservative Reformer (1 Sitz), Die Blaue Partei (1 Sitz), Bündnis C (1 Sitz). Fünf Abgeordnete sind unabhängig.

Wer kann wählen?

Jede*r Bürger*in der EU kann wählen gehen. Gewählt werden kann im eigenen Land oder auch in einem anderen Mitgliedstaat der EU, sofern der Hauptwohnsitz in diesem Land ist. Du musst mindestens 18 Jahre alt sein und länger als drei Monate in Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der EU gewohnt haben.

Alles klar?

Wenn du noch Fragen hast oder dich weiter informieren möchtest, dann kannst du dich an deine Gemeinde vor Ort wenden oder dich auf den Seiten der Bundezentrale für politische Bildung schlau machen. (www.bpb.de/politik/wahlen)

Bundespartei	Fraktion		Mandate
Christlich Demokratische Union Deutschlands		EVP	29
Sozialdemokratische Partei Deutschlands		S&D	27
Bündnis '90/Die Grünen		GRÜNE-EFA	11
DIE LINKE		GUE-NGL	7
Christlich-Soziale Union in Bayern		EVP	5
Liberal-Konservative Reformer		EKR	5
Freie Demokratische Partei		ALDE	3
Alternative für Deutschland		EFDD	1
Bündnis C		EKR	1
Die Blaue Partei		ENF	1
Freie Wähler		ALDE	1
Nationaldemokratische Partei Deutschlands		Fraktionslos	1
Ökologisch-Demokratische Partei		GRÜNE-EFA	1
Die PARTEI		Fraktionslos	1
Piratenpartei Deutschland		GRÜNE-EFA	1
Parteilos		GUE-NGL	1

Quelle: Europäisches Parlament

FRAKTIONEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

EVP	Europäische Volkspartei
S&D	Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten
EKR	Europäische Konservative und Reformisten
ALDE	Allianz der Liberale und Demokraten für Europa
GRÜNE/EFA	Die Grünen/Europäische Freie Allianz
GUE/NGL	Vereinte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke
EFDD	Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Europa der Nationen und der Freiheit

Quelle: Europäisches Parlament

DIE EUROPÄISCHE UNION

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB fordert die kontinuierliche Weiterentwicklung des Staatenverbunds der Europäischen Union hin zu einem föderalen Bundesstaat, der für eine gemeinsame, soziale und subsidiäre Politik steht.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Wie sieht für Sie die Zukunft der Europäischen Union aus?

CDU CSU

Europa liegt in unserem vitalen Interesse. Wir wollen eine starke Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partner*innen. Zugleich stehen wir fest zum Grundsatz der Subsidiarität, die europäische Regelungen nur dort vorsieht, wo sie sinnvoll sind.

SPD

Nationalismus bedeutet Krieg! (François Mitterrand). Deshalb haben wir schon 1925 die Vision von den Vereinigten Staaten von Europa beschrieben. Geschichte und Grundwerte verpflichtet uns, mit aller Leidenschaft an der Einheit Europas zu arbeiten.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wir wollen die Diskussion über einen europäischen Bundesstaat möglichst breit führen und in die Gesellschaft tragen.

Freie Demokraten FDP

Wir sind überzeugt: Die Einigung Europas muss weitergehen. Wir wollen eine demokratische EU, die dezentral und bundesstaatlich verfasst ist. Wir wollen also weder nationale Kleinstaaterei noch einen zentralisierten europäischen Superstaat.



DIE LINKE.

Uns ist wichtig, dass die EU so gestaltet wird, dass sie für alle Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit bietet, dass Klima und Umwelt geschützt sind. Dafür muss sie grundlegend verändert werden. In einem sehr großen Staat haben die Menschen eher weniger Einfluss.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Europa nur dann zuständig ist, wenn eine Aufgabe nicht besser auf einer darunterliegenden Ebene wie dem Bund, den Ländern oder den Kommunen erfüllt werden kann.

ödp

Wir unterstützen die Entwicklung der EU von einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einem Staatenverbund freier, sich vorrangig selbst regierender Völker unter Beachtung der gemeinsamen europäischen Werte.

AfD

Die Vielfalt der nationalen Kulturen und Traditionen ist die Grundlage für die politische, ökonomische und soziale Stärke Europas. Wir lehnen ab, die EU zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung umzuwandeln.

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Die KLJB fordert, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments als demokratisch legitimierter Vertretung der EU-Bürger*innen gegenüber dem Europäischen Rat aufzuwerten, sodass künftig das EU-Parlament die erste und der Europäische Rat die zweite Kammer einer europäischen Legislative bilden. Das Europäische Parlament braucht ein Initiativrecht für Gesetze.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Welche Ideen haben Sie zur Weiterentwicklung des Europäischen Parlaments?

Wir stehen für eine weitere Demokratisierung Europas. Wir unterstützen daher das Initiativrecht für das Europäische Parlament. Wir setzen uns für Reformen ein, um die europäischen Institutionen handlungsfähiger, demokratischer und transparenter zu machen.

Das EU-Parlament (EP) ist zentraler Ort politischer Debatten, Entscheidungen und der Vertretung der Menschen. Das Europäische Parlament muss endlich auf gleicher Höhe mit dem Rat der Minister*innen stehen. Dafür soll das Europäische Parlament ein eigenes Gesetzesinitiativerecht bekommen.

Wir wollen das Europäische Parlament stärken. Es soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat entscheiden können. Wir fordern unabhängig von Wahlterminen mehr Mitsprache durch Ausbau der Europäischen Bürger*innen-initiative.

Wir wollen das Parlament mit vollem Initiativrecht ausstatten. So können die Fraktionen und Abgeordneten selbst Schwerpunkte setzen, die dem Wählerauftrag stärker entsprechen. Zudem fordern wir einen festen Tagungsort, um den „Wanderzirkus“ des Europäischen Parlaments zwischen Straßburg und Brüssel zu beenden.



DIE LINKE.

Wir wollen das Europäische Parlament stärken: Es muss selbst Gesetzesprozesse anstoßen und so Politik gestalten können. Es soll die Kommission und den*die Präsident*in vorschlagen, wählen und abwählen können. Die Europäische Zentralbank wollen wir unter die Kontrolle des Europäischen Parlamentes stellen.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wir FREIE WÄHLER wollen die einzige direkt gewählte Institution weiter stärken. Hierfür streben wir eine Ausdehnung der Zuständigkeit des Europaparlaments auf alle politischen Schlüsselbereiche wie z.B. Fragen des Euratom-Vertrags an.

ödp

Das EU-Parlament braucht die grundlegenden Rechte eines demokratischen Parlaments und soll Gesetze selbst formulieren statt nur über die Vorlagen der EU-Kommission abzustimmen, es soll über Einnahmen und Ausgaben der EU für ihre Zuständigkeiten mitbestimmen und es soll Kommissare vorschlagen und entlassen.

AfD

Das undemokratische EU-Parlament mit seinen derzeit 751 Abgeordneten wollen wir abschaffen. Die Rechtsetzungskompetenz sehen wir ausschließlich bei den Nationalstaaten, befürworten jedoch eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer und den Abschluss von multilateralen Staatsverträgen.

EUROPÄISCHE REGIERUNG

Die KLJB fordert die Neuordnung der Kompetenzen der EU-Kommission als exekutives Organ der EU, die nicht nur Hüterin der europäischen Verträge, sondern als europäische Regierung auch Gestalterin des politischen Prozesses in der EU sein sollte.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Soll die Europäische Kommission zu einer echten europäischen Regierung weiterentwickelt werden?

Wir wollen die Demokratisierung der Europäischen Union weiter vorantreiben. Dies betrifft alle europäischen Institutionen. Wir halten es nicht für sinnvoll, in bestimmten Politikbereichen weitere Kompetenzen der nationalen Regierungen nach Brüssel zu übertragen.

Die SPD spricht sich für eine Neuordnung des institutionellen Gefüges auf europäischer Ebene aus. Dazu gehört die Stärkung der demokratischen Legitimität und der parlamentarischen Kontrolle der europäischen Exekutive. Exekutivfunktionen des Europäischen Rates sollten weitestgehend auf die Kommission übergehen, die so zu einer von Rat und Parlament kontrollierten Regierung wird.

Wir halten wir an der Position fest, dass nur Präsident*in der EU-Kommission werden kann, wer zuvor als Spitzenkandidat*in angetreten war. So können die Bürger*innen die Kandidat*innen für das wichtigste Amt der EU prüfen, bevor sie eine Wahl treffen.

Wir wollen eine schlanke EU-Kommission als europäische Regierung, die im Rahmen ihrer Befugnisse effektiv und stark auftreten kann. Wir fordern daher: Maximal noch 18 Kommissar*innen mit klaren Ressorts, entsprechend der EU-Zuständigkeit. Das stärkt die Effizienz und das Ansehen bei den Bürger*innen.



DIE LINKE.

Nein. Eine europäische Regierung würde die demokratische Einflussnahme auf die Politik der EU nicht verbessern, sondern eher schwieriger machen und in der jetzigen Konstruktion die Macht der „starken Staaten“ in der EU weiter stärken.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wir FREIE WÄHLER wollen die Kommission drastisch verkleinern. Wir sind der Auffassung, dass maximal zehn Ressorts ausreichend sind, um Europa effektiv gestalten zu können.

ödp

Die EU-Kommission hat bereits weitgehende Befugnisse. Das alleinige Initiativrecht der Kommission sollte durch das Initiativrecht für das Europäische Parlament ergänzt werden.

AfD

Die Europäische Kommission ist der Inbegriff der EU-Demokratiedefizite: Eine Pseudo-Regierung mit Gesetzgebungskompetenz und völliger Unabhängigkeit. Komplett an den Ansprüchen von Demokratie und Gewaltenteilung vorbei. In unserem EU-Modell obsolet.

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Eine gute Daseinsvorsorge einschließlich der Gesundheitsversorgung, Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen, Nahversorgungseinrichtungen sowie eine gute Anbindung an Ballungszentren sind von zentraler Bedeutung für die Attraktivität ländlicher Räume.
s. KLJB-Beschluss 2016: „Frohes Schaffen! Ausbildungs- und Erwerbsperspektiven auf dem Land“

Wie wollen Sie das Leben auf dem Land für junge Menschen attraktiver gestalten?

CDU CSU

Voraussetzung für attraktive Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum sind Bildungsangebote, zukunftsfähige Wirtschaftsstandorte, (digitale) Infrastruktur, Mobilitätsangebote sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen. Wo immer die EU dies fördern kann, unterstützen dies CDU und CSU.

SPD

Die technische und soziale Infrastruktur muss in Europa im ländlichen Raum ausgebaut werden, um ihn auch für junge Menschen und Familien attraktiv zu halten. Für die EU-Regionalpolitik bedarf es einer entsprechenden Mittelausstattung etwa für Ausbau des ÖPNV, schnellen Internets und guter Daseinsvorsorge.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Ländliche Regionen dürfen nicht von der Entwicklung abgehängt werden. Wir brauchen unter anderem einen Ausbau der digitalen Infrastruktur und des Angebots des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Freie Demokraten FDP

Wir wollen insbesondere die bestmögliche Infrastruktur (Breitband, Straßen, Bildungseinrichtungen) nicht nur in Ballungszentren, sondern auch in ländlichen Räumen. Dies bietet viel Potential für junge Köpfe, um neue Lösungen und Wohlstand in allen Regionen hervorzubringen.



DIE LINKE.

Wir wollen den Breitbandausbau voranbringen und die Mobilität fördern - sowohl in den Orten, zwischen den Orten und vom Land in die Städte. Den öffentlichen Nahverkehr wollen wir verbessern und kostenfrei machen. und die Gesundheitsversorgung durch Ärztezentren auf dem Land verbessern. Kultureinrichtungen, besonders solche von selbstbestimmter Jugendkultur, wollen wir stärken.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wir wollen, dass Jugendliche in ihrer Heimat ihr Lebensglück finden können und nicht unbedingt gezwungen sind, sie für Ausbildung und Arbeitsplatz zu verlassen. Deshalb setzen wir uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein.

ödp

Der ländliche Raum muss als Naturraum stärker gefördert werden, sozusagen als Gegenmodell zum urbanen Raum. Dies heißt für uns finanzielle Unterstützung des Öko-Tourismus, des Vereinswesens, der regionalen ländlichen Kultur und Arbeitsplätze im ländlichen Raum z.B. durch den Öko-Landbau.

AfD

Wir fordern, die Förderprogramme für den ländlichen Raum zurückzuholen und die deutschen Mittel dazu auf nationaler und regionaler Ebene zielgerichtet und effizient einzusetzen.

LANDWIRTSCHAFT

Langfristig muss auf die gezielte Förderung von Maßnahmen im Sinne der durch die Landwirtschaft erbrachten gesellschaftlichen Leistungen umgestellt werden. Frühzeitige Hofübergaben geben Planungssicherheit für kommende Generationen und sind Motor ländlicher Räume.
s. KLJB-Beschluss 2018: „Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU"

Wie muss die Gemeinsame Agrarpolitik der EU weiterentwickelt werden?

Die GAP muss weiter auf Marktorientierung und Nachhaltigkeit setzen und den Einsatz moderner Technologien fördern, damit der Beruf des*der Landwirt*in attraktiv bleibt. Die Direktzahlungen wollen wir noch zielgenauer ausrichten und Junglandwirt*innen noch besser fördern.

Wir wollen die Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellen. Ziel ist nicht die Kürzung der Förderung, sondern deren Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen.

Wir wollen eine konsequente. Neuausrichtung: Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regionalverankerte, bäuerliche Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt.

Wir wollen die GAP marktwirtschaftlich modernisieren und landwirtschaftliche Betriebe unterstützen, schrittweise unabhängig von Fördermitteln zu werden. Wir sind daher für Bürokratieabbau, digitalen Fortschritt, fairen Wettbewerb und marktwirtschaftliche Lieferbeziehungen.



DIE LINKE.

Die Direktzahlungen müssen an die Erfüllung sozialer und ökologischer Kriterien gebunden werden. Wir wollen zudem eine andere Bodenpolitik, die Eigentum breit streut und denen die Teilhabe sichert, die die Flächen tatsächlich bewirtschaften.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Ziel der neuen GAP ist die Umorganisation, weg vom Prinzip der Einhaltung von Regeln zu einem leistungsorientierten Ansatz. Dafür bedarf es gut ausgebildeter junger Landwirt*innen, die in der Lage sind, neueste Techniken gepaart mit neuesten Erkenntnissen hin zur Präzisionslandwirtschaft umzusetzen.

ödp

Einführung von Staffelungen und höheren Hektarprämien zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe, die auch die Wirtschaftsweise berücksichtigen, sowie eine Obergrenze der Fördersummen für agrarindustrielle Großbetriebe sind nötig. Der Artenschutz muss für die Landwirt*innen ebenfalls stärker finanziell honoriert werden.

AfD

Wir wollen die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützen. Dafür ist mehr Transparenz bei der Lebensmittelkennzeichnung nötig. Die Landwirtschaft braucht ehrliche Erzeuger*innenpreise.

PARTIZIPATION

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB fordert die Einberufung eines Europäischen Konvents unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie die Einführung eines gesamteuropäischen Referendums, um über Änderungen der EU-Verträge mitentscheiden zu können.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Wie können die Bürger*innen in die Weiterentwicklung der EU miteinbezogen werden?

CDU CSU

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist nur mit engagierten Bürger*innen möglich. Durch eine weitere Demokratisierung der EU wollen wir die Begeisterung und Beteiligung der Menschen in Europa steigern, insbesondere bei der Jugend durch Förderprogramme wie "Jugend in Aktion".

SPD

Wir wollen, dass in europäischen Gesetzgebungsverfahren mehr auf die Zivilgesellschaft gehört wird. Vereine, NGOs, Jugendringe und -verbände, Projekte und Initiativen sollen im Gesetzgebungsprozess transparent und chancengleich eingebunden werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wir wollen, dass die Meinung der Zivilgesellschaft gehört wird. Mit der Einführung der Europäischen Bürger*inneninitiative wurde die Möglichkeit geschaffen, durch eine Million Unterschriften neue EU-Gesetze anzustoßen. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe stärken, ausbauen und entbürokratisieren.

Freie Demokraten FDP

Wir fordern einen Europäischen Konvent mit breiter Bürger*innenbeteiligung für die Erarbeitung von Reformvorschlägen für eine europäische Verfassung. Zudem wollen wir mehr digitale Beteiligungsformen und eine stärkere Förderung von Bürger*innendialogen oder Hausparlamenten durch die EU.



DIE LINKE.

Die Europäische Bürgerinitiative muss ausgebaut werden, damit Initiator*innen ein EU-Bürgerbegehren durchführen und eine EU-weite Volksabstimmung anstreben können, wenn das Parlament ihre Initiative abgelehnt hat. Über Volksentscheide und Volksbegehren sollen Bürger*innen konkrete EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren können.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wir setzen uns für Volksentscheide zu wichtigen europapolitischen Fragen auf Bundesebene ein: Bei EU-Erweiterungen und weiteren Vertiefungen im Sinne neuer Aufgabenübertragungen müssen die Bürger*innen als Souverän über EU-Vertragsänderungen entscheiden können.

ödp

Die ÖDP sieht in der Direktdemokratie den besten Weg zur Förderung der Zivilgesellschaft. In Bayern hat die ÖDP im Februar ein Volksbegehren zur Rettung der Artenvielfalt initiiert, das unerwartet viele Menschen mobilisiert hat. Die Zivilgesellschaft lebt, man muss ihr nur die richtigen Mittel geben.

AfD

Volksabstimmungen sind für uns unabdingbares Mittel politischer Mitbestimmung. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass die Bürger*innen jedes EU-Staates souverän über die Gestaltung, Weiterentwicklung, aber auch den Verbleib in der Europäischen Union entscheiden können.

JUGENDVERBANDSARBEIT

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB fordert, den Beitrag der Jugendverbände und ihrer europäischen Ebenen für ein Europa der Zukunft besser zu würdigen und dies in angemessenen Fördersätzen, verbesserten Rahmenbedingungen und der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen für die Förderprogramme umzusetzen.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Welche Ideen haben Sie, die Jugendarbeit europaweit zu unterstützen und Jugendverbände zu stärken?

CDU CSU

Wir wollen für die Jugend relevante Themen behandeln. Wir bringen Menschen zusammen und wollen sie für Europa begeistern. Daher werden wir mehr Austausch für Student*innen und Auszubildende im Rahmen von Erasmus+ ermöglichen sowie die Idee des kostenlosen Interrail-Tickets weiter vorantreiben.

SPD

Zur Förderung des Austauschs zwischen jungen Menschen setzen wir uns dafür ein, dass sowohl das Bildungs- und Jugendförderprogramm Erasmus+ als auch der Europäische Solidaritätskorps bedarfsgerecht ausgestattet und strukturell ausgebaut werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen muss wertgeschätzt werden. Jugendarbeit darf nicht an bürokratischen Hürden scheitern. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ aus.

Freie Demokraten FDP

Wir wollen vielfältige Austauschmöglichkeiten schaffen und hierzu unter anderem ein Europäisches Jugendwerk einrichten. Dieses soll den bi- und multilateralen Austausch von Kindern und Jugendlichen in der Europäischen Union fördern und unterstützen.



DIE LINKE.

Wir fordern eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit. Wir wollen Erasmus so umbauen, dass allen Jugendlichen ein Auslandsaufenthalt finanziert wird. Die Förderung soll sozial gestaffelt sein und Kinder von einkommensarmen Familien bevorzugen. Selbstorganisation von Jugendlichen in Verbänden fördern wir stärker.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wir wollen die europäischen Jugendverbände stärken. Sie sollen jungen Menschen noch besser Kenntnisse und Kompetenzen in der Europapolitik vermitteln, um sich aktiv an der Gestaltung Europas beteiligen zu können, mit dem Ziel den Mehrwert der Europapolitik zu erkennen.

ödp

Das Vereinswesen ist ein wichtiger Ansatz zur Förderung der Jugendarbeit sowie des Zusammenhalts in der Gesellschaft. Jugendverbände sollten mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, wenn sie sich dem Gemeinwohl verschreiben.

AfD

Der Parteienstaat mit all seinen negativen Folgen hat insbesondere bei der Jugend zu einer hohen Politikverdrossenheit geführt. Die Möglichkeiten der direkten Demokratie bieten gerade für die jungen Menschen eine motivierende und zeitgemäße Möglichkeit der politischen Partizipation.

WAHLALTER



KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB fordert, das Mindestalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 14 Jahre zu senken und durch eine altersgemäße politische Bildung zu begleiten.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Welche Position haben Sie zur Absenkung des Wahlalters bei Bundestags- und Europawahlen auf 14 Jahre?

CDU CSU

Die Abgabe der Stimme ist in unserer freien demokratischen Ordnung essentiell und sollte weiterhin an eine gewisse Persönlichkeitsreifung angelehnt sein. Eine Absenkung des Wahlalters bei Bundestags- und Europawahlen auf 14 Jahre lehnen wir daher ab.

SPD

Unsere Forderung ist das Wahlrecht zur Bundestags- und Europawahl mit 16 Jahren. Leider weigern sich CDU/CSU bisher, diesen wichtigen Schritt für eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen mitzugehen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wir fordern, dass das Wahlrecht für Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre gesenkt wird. Dazuhin wollen wir die politische Bildung sowohl schulisch als auch außerschulisch stärken und jungen Menschen demokratische Prozesse früh nahebringen.

Freie Demokraten FDP

Wir halten am Wahlalter der Bundestags- und Europawahl von 18 Jahren und damit der Volljährigkeit fest. Die Ausweitung des Wahlrechts beispielsweise auf kommunaler Ebene steht dem nicht entgegen, da hier der örtliche Bezug überwiegt.



DIE LINKE setzt sich bisher für das Wahlalter 16 ein. Wir sind offen für eine Diskussion auch über eine weitere Absenkung auf 14 Jahre. Zentral für die Umsetzung ist in beiden Fällen eine Stärkung der politischen Bildung in den Schulen.

Wir halten die aktuellen Altersgrenzen bei Bundestags- und Europawahlen für ausreichend und streben keine Absenkung des Wahlalters an.

Die ÖDP befürwortet, dass sich Minderjährige im Alter von 14 bis 18 Jahren auf Antrag bis sechs Wochen vor der Wahl in die Wähler*innenlisten eintragen lassen können und dann wahlberechtigt sind. Die Zustimmung der Sorgeberechtigten ist dazu nicht erforderlich.

Pläne für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre hat die AfD nicht. Es wurde in den Programmgremien das Konzept eines Familienwahlrechts diskutiert, einen offiziellen programmatischen Standpunkt gibt es aber derzeit hierüber nicht.

ARBEITSMARKT

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB fordert einen rechtlichen Anspruch für junge Menschen unter 30 Jahren, innerhalb von zwei Monaten eine Arbeitsstelle, Ausbildungsstelle oder einen Studienplatz zu bekommen.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa"

Wie wollen Sie der Jugendarbeitslosigkeit in der EU nachhaltig entgegenwirken?

CDU CSU

Wir wollen die Ausbildungsgarantie für Jugendliche und Beschäftigungsinitiative für junge Menschen fortführen, um mehr junge Menschen in Ausbildung und Beruf zu bringen. Außerdem wollen wir weiter für das System der dualen Ausbildung bei unseren EU-Nachbar*innen werben.

SPD

Wir wollen für alle jungen Menschen eine berufliche Perspektive ermöglichen. Hierfür werden wir die Mittel für die „Jugendgarantie" deutlich aufstocken. Zudem sollen Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit künftig bis zum 30. Lebensjahr ermöglicht werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wir wollen die Ausbeutung junger Menschen beenden und ihnen soziale Sicherheit bieten. Deshalb setzen wir uns für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen ein. Wir fordern, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.

Freie Demokraten FDP

Wir wollen die besten Bildungschancen für junge Menschen schaffen. Zudem setzen wir uns für einen europäischen Ausbildungsmarkt sowie länderübergreifende Kooperation der Arbeitsagenturen und mittelfristig die Gründung einer EU-Ausbildungsagentur ein.



DIE LINKE.

Wir wollen Vollbeschäftigung. Die Mittel für die Jugendgarantie müssen erhöht werden. Ab fünf Prozent Erwerbslosenquote werden Mitgliedstaaten verpflichtet, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm und Schritte für Arbeitszeitverkürzung einzuleiten.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wir werben in anderen EU-Mitgliedsstaaten für das bei uns bewährte und krisenfeste duale Ausbildungssystem und wollen auch die Mobilität junger Menschen in Europa verbessern.

ödp

Die Wirtschaftskonzepte des ständigen wirtschaftlichen Wachstums sind gescheitert. Wir brauchen arbeitsplatzintensivere Branchen, z.B. das Handwerk (mehr Reparatur statt Wegwerfen) und regionale Vermarktung. Damit lassen sich Jugendliche wieder in Ausbildung und Arbeit bringen.

AfD

Die Lösung besteht in der Wiedereinführung der nationalen Währungen, in denen sich die Leistungen ihrer jeweiligen Volkswirtschaften widerspiegeln, unter ggf. paralleler Beibehaltung des Euro.

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB spricht sich ganz klar gegen Kernenergie und für Erneuerbare Energien aus. Wir wollen eine ökologisch und sozial gerechte Energiewende. Um die Erneuerbaren Energien sinnvoll zu nutzen, ist eine dezentrale, regionale Energieversorgung unumgänglich.
s. KLJB-Beschluss 2013: „100 Prozent erneuerbar - Leitbild für eine Energieversorgung der Zukunft“

Wie stehen Sie zu einem europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie?

CDU CSU

Der deutsche Ausstieg ist auf Grund jeweiliger nationaler Besonderheiten und Schwerpunktsetzungen in der Energieversorgung nicht 1:1 auf ganz Europa übertragbar. In jedem Fall setzen wir uns für höchste und europaweit gültige Sicherheitsstandards im Bereich der Kernkraft ein.

SPD

Die SPD unterstützt einen europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie. Für uns muss das zukünftige Energiesystem nachhaltig, sicher und dezentral sein. Dabei stehen für die Erneuerbaren Energien sowie die Energieeffizienz im Mittelpunkt.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Atomkraft ist gefährlich, egal wo die Reaktoren betrieben werden. Weltweit gibt es immer noch keine Lösung für hochradioaktiven Atommüll. Wir fordern den europaweiten Ausstieg aus dieser Hochrisikotechnologie. Erneuerbare Energien sind mittlerweile deutlich günstiger und schneller verfügbar.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten respektieren die Entscheidung anderer europäischer Länder, weiter auf die Kernkraft zu setzen. Wir fordern jedoch die effektive Durchsetzung eines einheitlichen europäischen Sicherheitsniveaus für die Nutzung von Kernkraft.



DIE LINKE.

Wir streiten für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Die europäische Vertragsgemeinschaft EURATOM muss aufgelöst werden. Keine staatlichen Beihilfen mehr für den Bau von neuen Atomkraftwerken, keine Atommüllexporte!

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Eine weitere Förderung von Atomund Kohlestrom lehnen wir ab. Strom soll möglichst dort produziert werden, wo er verbraucht wird. Dadurch bleibt die Wertschöpfung vor Ort und es kann weitgehend auf den Bau großer Stromtrassen verzichtet werden.

ödp

Wir fordern die Beendigung des Euratom-Vertrages und einen unverzüglichen EU-weiten Atomausstieg. Für Atomkraftwerke braucht es eine Haftpflichtversicherung, die auch die Kosten einer möglichen Reaktorkatastrophe abdeckt.

AfD

Die Erzeugung von Strom durch Kernenergie gehört heute zu den sichersten Technologien. Der Einsatz fossiler Energieträger kann mittel und langfristig vor allem durch die Weiternutzung der emissionsfreien Kernkraft reduziert werden.

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB setzt sich für einen Kohleausstieg ein. Hierfür muss das Tempo bei der Erhöhung der Energieeffizienz und beim Ausbau der erneuerbaren Energien gesteigert werden, um trotz Ausstieg aus der Kohleverstromung Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Kohlesubventionen müssen kontinuierlich abgebaut werden und mittelfristig vollständig abgeschafft.

s. KLJB-Beschluss 2015: „Schicht im Schacht! Durch den Kohleausstieg Verantwortung für Mensch, Umwelt und Klima wahrnehmen“

Wie kann der Kohleausstieg europaweit Realität werden?

CDU CSU

Damit möglichst viele Länder Europas beim Ausstieg mitmachen oder ihn weiter betreiben, braucht es neue Perspektiven für die dortigen Betroffenen sowie den Ausbau erneuerbarer Energien und die Erforschung innovativer Technologien.

SPD

Wir möchten einen Fonds für faire Transformation auflegen. Wirtschaftszweige, in denen Beschäftigte, Unternehmen und ganze Regionen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen, müssen europaweit durch industrie- und sozialpolitische Investitionen unterstützt werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wenn wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Stromversorgung verbessern, wird es deutlich einfacher werden, den Strombedarf aus Erneuerbaren Energien zu decken. Wir brauchen die europäische Klima- und Energieunion, die auf Effizienz und Erneuerbare setzt.

Freie Demokraten FDP

Eine planwirtschaftliche Abschaltung von Kohlekraftwerken ist unnötig, denn der Kohleausstieg wird durch den EU-Emissionshandel zur Realität. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass durch steigende Zertifikatspreise Kohle zu teuer für eine rentable Stromerzeugung wird.



Es bedarf sozial abgesicherter Abschaltpläne für Kohlemeiler zusammen mit einem Ausbaupfad für erneuerbare Energien, Netze, Speicher und Lastmanagement sowie mehr Energieeffizienz. Ein CO_2-Mindestpreis im Stromsektor kann diesen Prozess unterstützen.

Wir unterstützen Innovationen in allen Industriebereichen auf dem Weg zu einer ökologischeren und kohlenstoffärmeren Wirtschaft. Europa soll sich in den kommenden Jahren zum Technologieführer in diesen Bereichen entwickeln.

Der Kohleausstieg kann durch konsequent umgesetzte Politik und eine finanzielle Förderung von Ersatztechnologien (Sektorkopplung) gelingen.

Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland und Europa.

Die Wiederverwertung von Materialien ist ein wichtiger Bestandteil in der Wertschöpfungskette und zur Ressourcenschonung. Um Abfälle zu vermeiden, ist es wichtig, dass weniger kurzlebige Produkte produziert werden. Das bedeutet, dass zum einen Einwegverpackungen deutlich reduziert werden, zum anderen die Lebensdauer von elektrischen und elektronischen Geräten verbessert werden soll.

s. KLJB-Beschluss 2008: „Bewusst, verantwortungsvoll und nachhaltig! Leitfaden zum Kritischen Konsum in der KLJB“

Was wollen Sie unternehmen, um die Verschmutzung der Meere durch Plastik einzudämmen?

Von Wirtschaft, Handel und Verbraucher*innen erwarten wir, dass sie Verantwortung übernehmen und den Plastikverbrauch einschränken. Das Recycling muss deutlich verstärkt werden. Es ist auch richtig, überflüssige Plastikprodukte zu verbieten.

Die SPD verfolgt das Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung der Plastikmülleinträge bis zum Jahr 2030. Dafür setzen wir uns bei der Ausgestaltung der EU-Plastikstrategie ein. Plastikartikel, die nur einmal gebraucht und dann weggeworfen werden, oder Mikroplastik in Kosmetika wollen wir europaweit verbieten.

Die Plastikflut können wir nur bekämpfen, wenn Wegwerfplastik ein Ende hat. Wir wollen ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei wird und unsere Meere schützt. Wo Plastik unvermeidbar ist, wollen wird das Recycling von Plastik stärken.

Wir wollen einen Fokus auf Meerespolitik als Zukunftsaufgabe. Europa muss seine Vorreiterrolle ausbauen in der Innovation und Forschung, unter anderem bei Techniken zur Entfernung von Meeresplastik sowie der ökonomischen und ökologischen Entwicklung der Meere.



DIE LINKE.

Eine Ressourcenabgabe (Produzent*innen, Inverkehrbringer*innen) auf Primärressourcen soll die Nutzung von Plastik drastisch eindämmen und Recycling viel lukrativer machen. Wo es geht, sind Plastik-Einweg-Produkte zu verbieten, Mehrwegsysteme zu fördern.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Um unsere Weltmeere zu schützen, setzen wir uns für eine von der EU geförderte Initiative ein, mit moderner Technik Kunststoffabfälle aus den Europa umgebenden Meeren zu filtern.

ödp

Wir brauchen konsequente Verbote von Plastik überall da, wo dies möglich ist. Die EU-Kommission hat einige Verbote bereits auf den Weg gebracht. Wir brauchen strenge Verbote für Mikro- und Nanoplastik in Kosmetika und eine Kennzeichnungspflicht für alle Produkte, die Plastik enthalten.

AfD

Hierzu hat die AfD noch keine programmatische Position entwickelt.

MOBILITÄT

KLJB Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Kurze Strecken sollen zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Ist es nicht möglich, nutzt man den öffentlichen Personenverkehr. Dabei sind elektrisch oder mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge zu bevorzugen. Der motorisierte Individualverkehr sollte ebenso betrieben werden und die Ausnahme darstellen. Dabei sollten Mitfahrgelegenheiten und/oder Carsharing genutzt werden.
s. KLJB-Beschluss 2013: „100 Prozent erneuerbar - Leitbild für eine Energieversorgung der Zukunft“

Welche klimafreundlichen Verkehrskonzepte möchten Sie umsetzen?

CDU CSU

Für uns bedeutet moderne Mobilität die intelligente Verknüpfung von Infrastruktur, Verkehrsträgern und digitaler Kommunikation. Besonders fördern wir Elektromobilität, den ÖPNV und die Schiene. Außerdem treiben wir die Entwicklung effizienterer und sauberer Verbrennungsmotoren voran.

SPD

Wir wollen eine Verkehrswende durch Aufstockung der Forschung- und Entwicklungs-Mittel für Antriebstechnologien und Mobilitätsdienstleistungen, eine Infrastrukturoffensive für die Elektrifizierung, für Wasserstofftechnologie als europäisches Projekt, die Vernetzung aller Verkehrsträger sowie einheitliche Tarife und Qualitätsstandards innerhalb der EU.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität ist realisierbar: Mehr Fuß- und Radverkehr, weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Bahn- und Busangebote, weniger Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt und auf dem Land.

Freie Demokraten FDP

Wir setzen uns für innovative Mobilität ein. Dazu gehören neben neuen Antriebsformen auch alternative Kraftstoffe für Fahrzeuge und Schiffe. Ob mit Batterie, Gas, Methanol oder Wasserstoff: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, wie wir in Zukunft fossile Treibstoffe ersetzen können.



Wir wollen eine Mobilitätswende. Wir setzen auf Verkehrsvermeidung durch kurze Wege und regionales Wirtschaften, eine Verlagerung auf ökologische und energieeffiziente Verkehrsmittel, kostenfreien Nahverkehr sowie den Umstieg auf Erneuerbare Energien für die Antriebe.

Wir sehen große Potentiale, den innereuropäischen Flugverkehr durch attraktive Bahnverbindungen zwischen den großen Städten zu reduzieren. Mit der „Hyperloop"-Technologie könnten wir uns in Europa künftig mit bis zu Schallgeschwindigkeit bewegen und die Reisezeiten zwischen unseren Städten erheblich verkürzen. Europa soll Leitmarkt und Leitanbieter

Wir brauchen eine konsequente Verringerung des Individualverkehrs und der Warentransporte auf der Straße und einen Ausbau des ÖPNV und vor allem der Bahn, auch im Güterverkehr.

Die E-Mobilität bringt derzeit keine Vorteile bei Emissionen bzw. bei der Ressourcenschonung. Unter Einbeziehung der Akku-Produktion, die einer Fahrstrecke von 100.000 km entspricht, wird die Bilanz sogar schlechter. Der Diesel ist hier das bessere Konzept.

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die EU kann sich unter anderem dafür einsetzen, das Konzept des Fairen Handels europaweit durch Bildungsarbeit und beratende Tätigkeiten bekannt und anerkannt zu machen. Außerdem kann die EU durch europaweite Richtlinien und Verordnungen, wie beispielsweise das EU-weite Verbot von Einwegplastik, aktiv zu einem nachhaltigen Konsum beitragen. Es muss auch die Wirtschaft, die Kirche und die öffentliche Hand in den Blick genommen werden.
s. KLJB-Beschluss 2015: „UnFAIRbesserlich?! Wie Fairer Handel den Welthandel gerechter gestalten kann“

Welche Anreize für Verbraucher*innen kann die EU bieten, damit sie ihr Konsumverhalten nachhaltiger gestalten?

CDU CSU

Wichtig für Verbraucher*innen ist, dass die Produkte klar, eindeutig und einheitlich gekennzeichnet sind. Gute Beispiele sind die EU-Energielabel und auch das EU-Ökosiegel. Die Kennzeichnung muss mit einer guten Verbraucher*inneninformation verbunden sein.

SPD

Die SPD setzt sich für nachhaltigen Konsum innerhalb der EU ein. Wir wollen nachhaltige Produkte und weniger überflüssige Verpackungen. Aufklärungsarbeit, EU-Richtlinien aber auch Anreize zur nachhaltigen Produktion in Form von europäischen Fördergeldern fördern nachhaltigen Konsum.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Um die Klimaziele zu erreichen, muss es leichter werden, nachhaltig zu leben. Von Flugreisen bis zu Tierprodukten geht der überdurchschnittliche Konsum im westlichen Europa zulasten des globalen Südens und zukünftiger Generationen. Wir wollen Anreize setzen, weniger zu verbrauchen und zu konsumieren.

Freie Demokraten FDP

Beim individuellen Konsumverhalten setzen wir auf den*die mündige*n Verbraucherin. Als Ansatzpunkt sehen wir Maßnahmen zur Information und Aufklärung.



DIE LINKE.

Wir brauchen schärfere Haftungs- und Garantieregeln, die Konzerne dazu zwingen, langlebige Produkte auf den Markt zu bringen. Außerdem muss die Recyclingquote von Plastik und Metall erhöht werden.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wichtig ist, dass die Verbraucher*innen weiter aufgeklärt werden. Nachhaltiger Konsum ist nur mit bewussten Entscheidungen möglich. Deswegen setzen wir uns für die Förderung eines Dialogs zwischen Verbraucher*innen und Herstellerinnen ein.

ödp

Wir fordern die Einführung eines „Ökologischen Fußabdruckes" als Kennzeichnung aller Waren und Leistungen, um die tägliche Klimabelastung durch jede*n einzelne*n sichtbar zu machen. Die ÖDP bekennt sich zu Ideen der Postwachstumsökonomie und dem Grundsatz „Weniger ist mehr!"

AfD

Eine rigorose Verbotspolitik entmündigt die Verbraucher*innen und fördert sorgloses Kaufverhalten. Unser Ziel des Verbraucher*innenschutzes sind mehr aufgeklärte Verbraucher*innen und nicht weniger wie durch die bisherige EU-Politik.

FREIZÜGIGKEIT

Die KLJB setzt sich für die Abschaffung aller momentan bestehenden Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU sowie die Ausweitung des Schengener Besitzstandes auf alle Mitgliedsstaaten der EU ein.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Wie stehen Sie zu Grenzkontrollen zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten?

Wir bekennen uns klar zur Personenfreizügigkeit. Schengen wollen wir vollenden, damit einhergehen muss ein wirksamer Außengrenzschutz. Bei Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit brauchen wir weiterhin die Möglichkeit vorübergehender Kontrollen an den Binnengrenzen. Solange der Außengrenzschutz noch lückenhaft ist, müssen die Mitgliedstaaten dieses wirksame Instrument behalten .

Wir wollen keine Grenzkontrollen innerhalb der EU. Die Grenzkontrollen innerhalb der EU sollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes schnellstmöglich eingestellt werden. Damit einhergehen muss ein verlässlicher Schutz der Außengrenzen der EU, der das Gebot der Nicht-Zurückweisung für Schutzsuchende gewährleistet.

Der Abbau der Grenzkontrollen innerhalb Europas ist eine der größten Errungenschaften der EU. Wer die Axt an Schengen legt, legt die Axt an die europäische Integration. Deshalb muss die Bundesregierung die europarechtswidrigen Kontrollen an der Grenze zu Österreich sofort beenden.

Personenfreizügigkeit und Schengen-System sind ein großer Gewinn für die Menschen sowie die gesamte europäische Wirtschaft. Wir sind für ein Europa sicherer Außengrenzen und offener Binnengrenzen. Vorübergehende Binnengrenzkontrollen müssen auf Fälle akuten Handlungszwangs beschränkt bleiben.



Wir lehnen den Umfang und die Dauer der derzeit bestehenden Grenzkontrollen innerhalb der EU ab. Sechs Länder, darunter auch die Bundesrepublik, haben nun schon seit mehreren Jahren „vorübergehende“ Grenzkontrollen wieder eingeführt. Aus der Ausnahme ist eine Regel geworden. Die Personenfreizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften für die Bürger*innen Europas – sie darf nicht weiter in Frage gestellt werden.

Wir lehnen Schlagbäume an unseren Grenzen ab. Sie sind unserem Wirtschaftswachstum abträglich, sodass unsere Arbeitsplätze gefährdet werden. Sie schränken aber auch die Bewegungsfreiheit und den kulturellen Austausch zwischen den europäischen Bürger*innen ein.

Mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen muss menschenwürdig umgegangen werden. Europa darf sich nicht abschotten und in Kauf nehmen, dass z. B. das Mittelmeer zum Grab für vieler tausend Flüchtlinge wird.

Zum Schutz der Bürger*innen müssen neben EU-Außengrenzkontrollen auch nationale Grenzkontrollen dauerhaft wiedereingeführt werden. Sie erleichtern zugleich die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus.

MIGRATION

Die KLJB fordert eine grundlegende und kohärente Neuausrichtung der europäischen Migrations- und Asylpolitik unter Einbezug aller Politikfelder, wodurch bürokratische Hürden abgebaut und Asylverfahren praktikabel gestaltet werden. Es muss eine solidarische europäische Lösung geben, zu der sich alle Mitgliedsstaaten verpflichtend bekennen.
s. KLJB-Beschluss 2019: „Flucht, Migration, Integration - Deutschland und die EU in der Verantwortung“

Wie muss die Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union weiterentwickelt werden?

Die EU muss ihre Außengrenzen wirksamer gegen illegale Migration schützen, Frontex stärken, das europäische Asylsystem vollenden und weitere Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens schließen. Alle EU-Staaten müssen hier ihrer gemeinsamen Verantwortung nachkommen.

Es braucht eine Reform des Dublin-Systems, die Kriegsflüchtlinge schützt und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Regeln zur Verteilung ankommender Menschen (relocation) sind dabei unverzichtbar. Zudem setzt sich die SPD für die Einführung eines europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds ein.

Es ist eine Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken. Wir brauchen eine europäische Seenotrettung, legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten. Alle Mitgliedstaaten müssen sich an der Aufnahme von Schutzsuchenden beteiligen.

Wir wollen ein System mit humanen, fairen Regeln, das gleichzeitig steuert und ordnet. Im Rahmen eines einheitlichen europäischen Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrechts muss daher klar zwischen Flucht, Asyl und arbeitsmarktbezogener Einwanderung nach einem Punktesystem unterschieden werden. Dazu braucht es eine europäische Sicherung der EU-Außengrenzen und eine faire Verteilung von Flüchtlingen .



DIE LINKE.

Wir wollen eine solidarische Migrations- und Asylpolitik. Die EU-Mitgliedsstaaten dürfen sich ihrem völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Flüchtlingsschutz nicht entziehen – sonst zahlen sie Ausgleich. Aufnahmebereite Kommunen wollen wir mit zusätzlichen Mitteln für Investitionen in die soziale Infrastruktur für alle ausstatten.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Die Verteilung der Flüchtlinge in Europa soll über die bestehende EU-Asylagentur EASO erfolgen. Wir brauchen dringend einheitliche Standards bei der Unterbringung und Versorgung. Auch muss die Einordnung der Herkunftsländer in sichere und unsichere Drittstaaten gemeinsam erfolgen.

ödp

Wer hilft, darf nicht überfordert werden. Daher muss das Dublin-Verfahren grundlegend reformiert werden, damit weder die Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen übermäßig belastet werden noch die bevorzugten Zielländer in der Mitte und im Norden Europas.

AfD

Die Asyl- und Zuwanderungspolitik muss wieder in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zurückgegeben werden.

FLUCHT

Die KLJB fordert eine konsequente Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele, damit eine Flucht nicht mehr notwendig wird. Dazu gehören kurzfristige Hilfen, aber auch eine langfristige Bekämpfung von Armut und (wirtschaftlicher) Perspektivlosigkeit sowie ein Kampf gegen den Klimawandel und der sofortige Stopp von europäischen Rüstungsexporten.

s. KLJB-Beschluss 2018: „Ein bisschen Frieden … ist uns nicht genug! Plädoyer der KLJB für eine Welt ohne Gewalt“

Wie wollen Sie Fluchtursachen ganz konkret bekämpfen?

Entwicklungspolitik und Krisenprävention sind unser Beitrag, dass Menschen in ihrer Heimat Zukunftsperspektiven haben. Wir wollen insbesondere unser Engagement für Afrika ausbauen. Der Marshallplan mit Afrika soll die Grundlage für eine neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft sein.

Geleitet von den SDGs wollen wir Fluchtursachen bekämpfen mit einer fairen Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie einer wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit, die soziale und ökologische Ziele mit wirtschaftlichen Zielen gleichsetzt.

Die europäische Wirtschaftsund Handelspolitik muss sich am Ziel der globalen Gerechtigkeit ausrichten und die Wirtschaft der Partnerländer nachhaltig fördern. Wir wollen ein Ende von europäischen Billig-Agrarexporten in Entwicklungsländer und von Waffenexporten in

Durch eine abgestimmte EU-Entwicklungszusammenarbeit können wir Perspektiven für Menschen in wenig entwickelten Länder schaffen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen. Zudem wollen wir ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung durch die EU stärken.



DIE LINKE.

Wir wollen ein europaweites Verbot von Waffenexporten! Das UNHCR muss finanziell stärker unterstützt werden. Entwicklungszusammenarbeit muss wirtschaftlich eigenständige Entwicklung ermöglichen. Landraub und Nahrungsmittelspekulation wollen wir verbieten und Beschäftigtenrechte und Klimaschutz durchsetzen.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Fluchtursachen sind vielfältig und nicht nur auf kriegerische Konflikte beschränkt. Es geht uns deshalb allgemein um die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung, einen verstärkten Klimaschutz, gute Regierungsführung und den Erhalt der Lebensgrundlagen in allen Regionen dieser Welt.

ödp

Wir brauchen die Umwandlung aller Handelsverträge in Fairhandelsverträge, Hilfe zur Selbsthilfe sowie Wiedergutmachung in den Krisengebieten, einen sparsamen und effizienten Umgang mit Rohstoffen und keine Rüstungsexporte außerhalb der EU. Außerdem braucht es einen Stopp des europäischen Fischfangs vor den afrikanischen Küsten.

AfD

Mit einer Anpassung an die anschwellenden Migrationsströme wollen wir das bestehende System zu einem Schutzsystem des 21. Jahrhunderts fortentwickeln, welches sich auf Hilfe vor Ort konzentriert und so einen viel größeren Teil der tatsächlich Schutzbedürftigen erreicht.

EXTREMISMUS



KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB wendet sich ganz klar gegen jede Form von Extremismus. Praktisch erfahrbar wird diese Haltung vor allem in dem Kooperationsprojekt mit dem BDAJ „Tacheles! Klare Kante gegen Extremismus“, das einen interreligiösen und interkulturellen Dialog ermöglicht.
s. KLJB-Beschluss 2016: „Aufstehen, aufeinander zugehen! Wie uns der Austausch zwischen Kulturen und Religionen bereichern kann“

Wie möchten Sie Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Diskriminierung entgegenwirken?

CDU CSU

Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz! Wir sorgen dafür, dass Antisemit*innen, Extremist*innen und Rassist*innen mit einem starken Staat bekämpft werden. Dazu gehören u. a. Präventionsprogramme, Bildungsangebote, Vereinsverbote und eine konsequente Strafverfolgung.

SPD

Wir wollen einen Fonds für europäische Grundwerte. Damit schaffen wir ein Instrument, mit denen wir unsere Wertegemeinschaft präventiv stärken können. Zudem wollen wir eine Grundwerte-Überprüfung aller Mitgliedsstaaten und eine gezielte Förderung der Zivilgesellschaft.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wir möchten die Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufstocken und den Zugang dazu erleichtern. Wir kämpfen gegen Hass und Hetze auf der Straße und im Netz.

Freie Demokraten FDP

Derartiger Menschenfeindlichkeit müssen wir EU-weit entgegentreten. Wichtig ist es hier, bei der Zivilcourage und Bildung anzusetzen. Zudem sollen NGOs, die sich gegen Diskriminierung bzw. Austausch und Verständigung engagieren, stärker bedarfsorientiert von der EU gefördert werden.



DIE LINKE.

Auch auf EU-Ebene soll es eine Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen für gesellschaftliche Vielfalt und Demokratie geben. Die Bekämpfung europäisch und international vernetzter rechtsextremistischer und rassistischer Gruppen gehört auf die Agenda der EU-Zusammenarbeit im Bereich polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Darauf braucht es gemeinsame, entschlossene europäische Antworten. Wir dulden es nicht, dass einige EU-Länder ihren Minderheiten nicht alle Unterstützung zukommen lassen, die nach europäischen Standards erwartet wird.

ödp

Um gegenseitige Vorurteile in unserer Gesellschaft abzubauen, ist ein weiteres Engagement in Anti-Extremismus-Projekten sinnvoll. Diese Projekte sollten im Geiste der Völkerverständigung und Toleranz, aber auch der Integration durchgeführt werden.

AfD

Wir fordern, konsequent die Menschenrechte gemäß der allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN zu verteidigen. Insbesondere sind der Ausübung der Religionsfreiheit Grenzen zu setzen, sofern dadurch die Grundrechte anderer verletzt werden.

KLJB
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands

Die KLJB ist davon überzeugt, dass nur die Fortsetzung des Integrationsprozesses eines friedlichen und demokratischen Europas zu einer gesicherten Zukunft beitragen wird. Darum wollen wir die Errungenschaften der EU bewahren und ausbauen.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Wie will Ihre Partei verhindern, dass nach dem Brexit weitere Mitgliedsstaaten die EU verlassen?

CDU CSU

Die Auswirkungen des Brexits werden langfristig zeigen, dass die EU für jeden einzelnen Mitgliedsstaat einen großen Mehrwert mit sich bringt. Daneben wollen wir bei allen Entscheidungen jeden Mitgliedsstaat und die Bevölkerung mitnehmen. Dann können wir die EU weiter erfolgreich gestalten.

SPD

Unser Ziel ist die Stärkung des Zusammenhalts in Europa. Dafür wollen wir Impulse für mehr europäische Solidarität geben und die politische wie soziale Integration Europas vorantreiben. Dazu gehören Investitionen zur schrittweisen Angleichung der Lebensverhältnisse. Sozialer Zusammenhalt ist die beste Grundlage für ein starkes Europa.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die EU muss weiter geschlossen zusammenstehen, damit es keine nationalen Alleingänge oder bilaterale Deals gibt. Einen uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht geben. Dafür streiten wir.

Freie Demokraten FDP

Der Austritt Großbritanniens ist ein großer Verlust für die EU – aber in erster Linie für Großbritannien selbst. Deshalb hoffen wir, dass Großbritannien sich eines Besseren besinnt und die Austrittserklärung zurücknimmt. Ansonsten muss es den Austritt zumindest geordnet vollziehen. Durch eine grundlegende Reform der EU wollen wir verhindern, dass weitere Mitgliedstaaten die EU verlassen.



ANDREW LLOYD / ALAMY STOCK FOTO

Die EU kann funktionieren, wenn soziale Mindeststandards durchgesetzt werden (Mindeststeuern für Vermögen und Unternehmen, Mindestlöhne und -renten für die Menschen) und die Wirtschaft nicht nach Wettbewerb, sondern nach Bedarf und Umweltschutz ausgerichtet wird. Statt Aufrüstung wollen wir Investitionen in die Zukunft, in Arbeit und für soziale und ökologische Sicherheit.

Als Mitglied der Europäischen Demokratischen Partei (EDP) setzen wir uns für eine Stärkung und Wiederbelebung des europäischen Gedankens ein. Nur wenn wir die Vorteile einer starken Gemeinschaft klar herausstellen, können wir weitere Austritte verhindern.

Die EU muss die kulturellen und sprachlichen Eigenarten, die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der einzelnen Völker und Regionen respektieren und fördern. Die EU-Verträge müssen reformiert werden. Durch sie geben wir leider Teile der Demokratie und der Sozialpolitik auf.

Der Zentralismus, die Einmischung und vor allem die gescheiterte Zuwanderungspolitik der EU waren für die Brit*innen vordringliche Gründe, die EU zu verlassen. Nur eine grundlegende Reform kann die EU vor weiteren Verwerfungen und Austrittsbestrebungen bewahren.

EUROPÄISCHES BEWUSSTSEIN

Die KLJB fordert die Förderung eines europäischen Bewusstseins in den Lehrplänen aller Schulformen zu verankern, eine stärkere Förderung von außerschulischen Sprachprogrammen für Jugendliche, ein kostenloses Interrailticket sowie eine stärkere Unterstützung von Begegnungs- und Austauschangeboten.
s. KLJB-Beschluss 2017: „In Zukunft nur gemeinsam! Unsere Vision von einem geeinten Europa“

Wie möchten Sie die EU noch stärker erlebbar machen und die Bürger*innen für die europäische Idee begeistern?

Wir wollen den Menschen zeigen, dass Europa ihr Leben besser macht. Die vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes ermöglichen europäische Lebensentwürfe – getragen von völlig neuen Chancen und vielfältigen Perspektiven. Dies gilt es zu erhalten und deutlich herauszustellen.

Hierbei ist die ist die gemeinsame Kultur ein wichtiger Motor. Sie muss für möglichst viele Bürger*innen erleb- und erfahrbar gemacht werden. Wir wollen daher europäische Kultur z.B. durch einen „Europäischen Kulturscheck“ für Jugendliche oder durch die Aufstockung der Projektmittel für „Kreatives Europa bis 2027“ fördern.

Programme wie z. B. Erasmus+ eröffnen Menschen aus unterschiedlichen EU-Staaten die Chance zu gemeinsamen Aktivitäten und helfen bei der Herausbildung eines Gemeinschaftsgefühls. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Verwaltungsaufwand der EU-Förderprogramme erheblich reduziert wird.

Wir wollen vielfältige Austauschmöglichkeiten schaffen und die Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit einführen. Insbesondere wollen wir für alle Schüler*innen einen Anspruch darauf, sich unabhängig von Elternhaus sechs Monate im europäischen Ausland ausbilden zu lassen. Zudem wollen wir Mehrsprachigkeit in den Schulen fördern.



RAIMOND SPEKKING (VIA WIKIMEDIA COMMONS)

DIE LINKE.

Die Menschen begeistern sich für die EU, wenn sie mit der EU nicht „Krise“ und „Angst vor Privatisierung“ verbinden, sondern sie als Raum der Begegnung mit sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit erleben, wo sich auch mächtige Konzerne an die Regeln halten und ihren Beitrag zum Gemeinswesen leisten.

FREIE WÄHLER
Unsere Heimat Europa.

Wir wollen, dass die Bürger*innen ergebnisoffen über die Zukunft der EU debattieren können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Bürger*innendialoge mit repräsentativen Querschnitten der Gesellschaft ohne Vorwegnahme der Ergebnisse durchgeführt werden.

ödp

Wir brauchen die Einführung verbindlicher europaweiter Volksbegehren und Volksentscheide, transparente und demokratisch legitimierte EU-Institutionen sowie die Stärkung und den Ausbau der Europäischen Bürger*inneninitiative.

AfD

Die EU ist ein bürger*innenferner Kunststaat, der mit Zentralismus und gewaltigen ökonomischen und sozialen Verwerfungen schwerlich begeistert. Ein Europa freier souveräner Staaten, wo die Vielfalt der nationalen Kulturen und Traditionen gelebt wird, halten wir für eine begeisterungsfähige Idee.

METHODEN FÜR DIE KLJB-ARBEIT



Um euch in der Gruppe auf die Europawahl einzustimmen, gibt es viele Möglichkeiten. Wir haben hier einige Ideen gesammelt, wie ihr Europa und die Europawahl zum Thema machen könnt!

Europa? – Das ist doch eine Göttin!

Eine Gruppenstunde der KLJB Freiburg
Ihr beginnt mit einem „Anschuggerle", um die politische Haltung der Teilnehmenden herauszufinden. Es folgt ein Europa-Quiz, bei dem ihr euer Wissen rund um Europa testen und erweitern könnt. Zu guter Letzt geht es um die Wahlen: In einer simulierten Europawahl und anschließender Kleingruppenarbeit könnt ihr das Thema weiter vertiefen! Eine ausführliche Beschreibung und Anleitung für die Gruppenstunde findet ihr unter www.kljb.org/europawahl2019.

Europa – Geschichte und Gegenwart

Eine Gruppenstunde der KLJB Regensburg

In dieser Gruppenstunde zum Thema Europa setzt ihr euch intensiv mit der Geschichte, der Kultur und der Funktionsweise der EU auseinander. Mit interaktiven und kreativen Methoden habt ihr die Möglichkeit, euch mit Europa und der EU zu beschäftigen. Egal ob beim Quiz, Zeitstrahl, Europa-Memory oder Traumreise - hier ist sicherlich für jede*n etwas dabei! Die Materialien und den genauen Ablauf der Europagruppenstunde findet ihr unter www.kljb.org/europawahl2019.



Europa-Party

Eine Gruppenstunde der KLJB Würzburg

Bei dieser Gruppenstunde begebt ihr euch auf eine Reise durch das Jahr und erfahrt dabei von verschiedenen Traditionen und Bräuchen verschiedener europäischer Länder. Jeder Monat hält eine kleine Geschichte und eine Aktion für euch bereit. Zum Abschluss der Gruppenstunde bekommt jede*r einen immerwährenden Kalender, bei dem in jedem Monat nochmal ein Fakt aus der Gruppenstunde gefunden werden kann. Den genauen Ablauf und eine detaillierte Beschreibung findet ihr ebenfalls auf www.kljb.org/europawahl2019.

Frühstück mit ausWAHL

Um möglichst viele Jugendlichen zum Wählen zu mobilisieren, startet doch einfach am Wahltag am 26. Mai 2019 euer eigenes Wahlevent: Dazu könnt ihr ein gemeinsames Frühstück organisieren und eure ganze Ortsgruppe dazu einladen. Währenddessen könnt ihr noch mal auf die Positionen der verschiedenen Parteien eingehen, zum Beispiel über die Wahlprüfsteine hier in dieser Entscheidungshilfe. Hängt diese an Stellwänden aus oder besprecht gemeinsam, welche Partei welchen Standpunkt vertritt und wie ihr das findet. Erklärt auch noch einmal, wie genau gewählt wird: Jede*r hat genau eine Stimme, die er*sie einer Partei geben kann (s. Seite 14-15). Im Anschluss an das Frühstück geht ihr dann alle zusammen gemeinsam ins Wahllokal und macht euer Kreuz!

72-STUNDEN-AKTION

23.-26. Mai 2019

BIST DU DABEI?

LASST UNS EUROPA-BOTSCHAFTER*INNEN SEIN!

Die KLJB und die 72-Stunden-Aktion

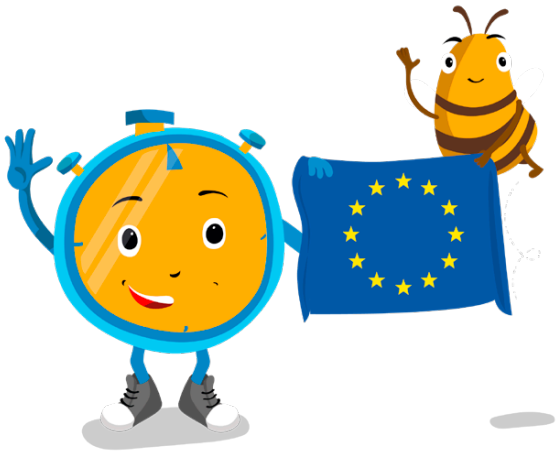
Bei der 72-Stunden-Aktion engagieren sich vom 23. bis zum 26. Mai 2019 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene 72 Stunden lang eigenverantwortlich und selbstorganisiert in einem sozialen Projekt. Der Grundgedanke der Solidarität im Einsatz für andere und mit anderen steht in diesen drei Tagen im Fokus. Die 72 Stunden Aktion ist die größte Sozialaktion in Deutschland und findet zeitgleich mit den Europawahlen statt. Warum macht ihr also nicht gleich die Wahl zu eurem 72-Stunden-Projekt?

Wie das aussehen könnte, hat sich die AG Europa des BDKJ für euch überlegt.

Option 1:

Passant*innen zur Europawahl informieren und sie zum Wählengehen animieren.

Bereitet im Laufe des Wochenendes einen Stand oder Informationsmaterialien vor und präsentiert diese auf eurem Dorfplatz oder in den Fußgängerzonen oder auf den Marktplätzen der nächsten Stadt. Kommt mit Passant*innen ins Gespräch, informiert sie über die bevorstehenden Wahlen und wie wichtig es ist, pro-europäisch zu wählen.



Option 2:

Im Ort informieren, ob es Menschen oder Einrichtungen (Seniorenheim etc.) gibt, deren Bewohner*innen Hilfe benötigen, zum Wahllokal zu kommen.

Bei dieser Aufgabe ist es von Vorteil, wenn die oder der Gruppenleiter*in im Vorfeld Werbung macht, in der ihr auf einen Europa-Wahl-Fahrservice für Privatleute hinweist. Darüber hinaus könnt ihr bereits im Vorfeld die örtlichen und umliegenden Seniorenheime oder ähnliche Einrichtungen anfragen.



Option 3:

Präsentiert eure Europa-Ausstellung vor oder in den Wahllokalen.

Gestaltet eine Ausstellung zu Themen wie zum Beispiel: „We lovEU“, „Europa unsere Heimat“, „10 Gründe wieso man Europa wählen muss“ oder denkt euch einen eigenen kreativen Namen aus. Fragt zuvor die oder den örtlicheN Wahlleiter*In an, ob ihr vor oder in den Wahllokalen diese Ausstellungen mit eurer Gruppe zeigen dürft. Betont hier vor allem, dass ihr keine parteipolitische Werbung macht, sondern NUR die Menschen zum Wählen mobilisieren wollt.

Auf **www.kljb.org/eurpawahl2019** findet ihr weitere Infos zu diesen Ideen sowie Material zur Durchführung!

Ihr wisst noch nicht, was die 72-Stunden-Aktion ist, oder wie ihr mitmachen könnt?
Alle Infos gibt es unter **www.72stunden.de**!

JEDE STIMME ZÄHLT

FÜR EIN GEEINTES EUROPA



WIR BEWEGEN EUROPA!

53604 Bad Honnef-Rhöndorf | Drachenfelsstraße 23 | Tel.: 02224/9465-0

KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Deutschlands